

FDP – Fraktion

in der Stadtverordnetenversammlung Limburg

**Herrn
Stadtverordnetenvorsteher
Michael Köberle
Rathaus**

65549 Limburg

Vorsitzende:
Marion Schardt-Sauer
Irmtrauter Hof
65554 Limburg
marion@schardt-sauer.de

Limburg, den 18.04.2018

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

ich bitte Sie, nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu nehmen:

Tagesordnungspunkt: Sicherheitssituation in der Limburg

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1. Der Magistrat wird gebeten, gemeinsam mit der Polizei die Möglichkeiten zu prüfen, wie in dem Bereich/Fußweg hinter der Marienschule und der Unterführung zum Tal Josaphat eine Erweiterung der Videoüberwachung umgesetzt werden könnte. Hierbei sind die Aspekte Anschaffungskosten und personelle Betreuung mit zu berücksichtigen**
- 2. Der Magistrat wird gebeten zu berichten, wie die zentralen Plätze in der Limburger Innenstadt (u.a. Plötze, Neumarkt, Kornmarkt, Bischofsplatz, Bahnhofsvorplatz) bei all unseren Festen/Märkten gesichert sind bzw. ein Zufahren mit Lkw's verhindert wird. Der Magistrat wird gebeten dabei zu informieren, ob automatisch hochfahrbare Barrieren eine Option sind und zu welchen Konditionen.**
- 3. Der Magistrat wird gebeten, sich bei der Hessischen Landesregierung dafür einzusetzen, dass die ursprüngliche einmal angedachte personelle Besetzung für den Polizeiposten Limburg und die Polizeistation Limburg wieder erreicht und gewährleistet wird.**
- 4. Der Magistrat wird gebeten, gemeinsam mit dem Innenministerium einzufordern, dass die Bundespolizei am Limburger Bahnhof wieder ihren Verpflichtungen in entsprechender personeller Besetzung nachkommt.**
- 5. Über die Ergebnisse der Prüfungen und Anforderungen soll im Haupt- und Finanzausschuss berichtet werden.**

Begründung:

Der Polizeiposten am Limburger Bahnhof wurde vor rund 15 Jahren eingerichtet, um wachsende Herausforderungen bei der Gewährleistung der Sicherheit mit personeller Präsenz sowie Sichtbarkeit der Polizei vor Ort zu stärken. Dieses vorbildliche gemeinschaftliche Vorgehen von Land und Kommune hat durch den Abbau der personellen Ausstattung für diesen Bereich in den letzten Jahren eine Schwächung erfahren. Waren seitens des Landes für die Aufgaben dort einmal 8 Personen vorgesehen, sind es inzwischen nur noch 4 Personen. Eine Schwächung gibt es daneben im Bereich der Schutzpolizei, sprich dem Personalzweig, der für die Schutzstreifen in den Abendstunden und am Wochenende zur Verfügung steht.

Dabei ist es nicht so, dass absolut betrachtet Personal abgebaut wird.

Die Anforderungen an die Polizei sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Zu den klassischen Aufgaben sind viele neue Herausforderungen gekommen, wie z.B. die Bekämpfung der Internetkriminalität. Der Personalbestand ist insgesamt gleich geblieben, die Aufgaben in anderen Bereichen sind gewachsen und Personal wurde verteilt.

Diese Entwicklung macht auch vor Limburg nicht halt. Die Aufgaben und Herausforderungen am Limburger Bahnhof aber auch der weiteren Innenstadt sind gleichfalls gewachsen und komplexer geworden. Das Geschehen verlagert sich – so wie schon seit längerem der Weg zwischen Marienschule und der Bahngleise sowie die Unterführung hin zum Tal Josaphat ein Angstraum geworden ist.

Wäre eine Videoüberwachungen dort eine geeignete Maßnahme sowohl präventiv als auch repressiv diese Kriminalitätsbereiche zu bearbeiten? Neben den Kosten und der laufenden Wartung ist eine solche Maßnahme nur sinnvoll, wenn die personelle Ausstattung verbessert wird. Schon jetzt stellt die Fülle des Materials aus der Überwachungsanlage das vorhandene Personal vor eine erhebliche Herausforderung um dies von der schieren Menge zu bewältigen.

Oder wie ist es um die Sicherheit der öffentlichen Plätze (Zufahrtshindernisse) bestellt? Sind Feste wie das Altstadtfest aber auch Märkte oder religiöse Feste in ihrer Ausrichtung/Sicherung den aktuellen Erkenntnissen aus den jüngsten Anschlagereignissen gewachsen?

Insgesamt gilt: Die Sicherheit muss besser organisiert sein als das Verbrechen. Wenn neue örtliche Kriminalitätsschwerpunkte erkennbar werden, wie zum Beispiel in unserer Heimatregion vor dem Limburger Bahnhof, wenn sich das Geschehen verändert oder verlagert- immer muss von vorneherein konsequent eingeschritten werden.

Völlig inakzeptabel ist der Rückzug der Bundespolizei am Limburger Bahnhof. Wenn sich in deren Zuständigkeitsbereich etwas ereignet, müssen die Kollegen vom Land dies übernehmen bzw. rufen die Kollegen aus Frankfurt. Man kann nicht in Berlin von Sicherheitsoffensiven reden und dann vor Ort den Rückzug praktizieren. Seit gut zwei Jahren ist dies in Limburg leider zum Dauerzustand geworden. Dies gilt es mit vereinten Kräften zu benennen und Abhilfe anzumahnen.

Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.



Marion Schardt-Sauer
Fraktionsvorsitzende